

Der Unangepasste

Gerhard Pfister ist ein typischer Zuger CVP-Mann, der mit seiner wirtschaftsfreundlich-konservativen Linie in Bern aufläuft

In der CVP-Bundeshausfraktion schwimmt Gerhard Pfister gegen den Mainstream. Er eckt an, provoziert die Parteispitze. Das gibt Rätsel auf, denn Pfister legt sich damit, was seine Karriere in der Partei angeht, die Steine selber in den Weg.

Michael Schoenenberger

Erneut tat er es, letzte Woche. Wieder provozierte er, zwang die Partei zum Stillsitzen, handelte nicht in Absprache mit der Parteispitze. Diesmal ging es um das Bankgeheimnis, das er zusammen mit SVP und FDP mit einer Volksinitiative in der Verfassung verankern will. Gerhard Pfister, wissend, dass er mit seinem Auftritt viele in der Fraktion vor den Kopf stossen würde, verwies abgeklärt auf einschlägige Papiere der Partei, in denen geschrieben steht, dass die CVP das Bankgeheimnis schützen und bewahren wolle.

Das CVP-Präsidium handelte rasch und nahm 72 Stunden später Stellung zur Volksinitiative – allerdings weder dafür noch dagegen. Wieder hatte Pfister andere in eine unangenehme Lage versetzt und parteiinterne Gräben sichtbar gemacht. Mit ihm zufliegenden Herzen darf er nicht rechnen. Was treibt den Mann an, der doch immer auch Ambitionen auf höhere Parteiämter hatte? Warum nur diese Lust am Anecken?

Vom Streben nach Glück

«Die Freiheit ist bedroht durch Gegenbewegungen: den Etatismus und die Political Correctness.» Der Satz ist einem Referat Pfisters entnommen, und ebenda konstatierte er auch, dass man heute bis weit in bürgerliche Kreise hinein dem Staat bei der Problemlösung mehr vertraue als dem Individuum. Daran reibt sich Pfister, wie auch an der Political Correctness. Sie könne zu einem Diskursverbot führen, ja gar zum Denkverbot oder zum Denkgebot. Pfisters parteiinternes Ringen ist eng mit diesen Überzeugungen verknüpft. Freunde sagen, er könne nicht aus seiner Haut, besonders, wenn es um grundlegende Fragen wie die Freiheit oder die Eigenverantwortung gehe.

Wir treffen Nationalrat Pfister in seinem Kanton Zug – und sprechen über Thomas Jefferson. «Grossartig», sagt er zur berühmten Formulierung in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung: Das Leben, die Freiheit und das Streben nach Glück als unveräusser-



«Die Politik hat etwas Spielerisches.» Gerhard Pfister in der Zuger Altstadt.

ADRIAN BAER / NZZ

liche Grundrechte jedes Menschen – das beeindruckt ihn. Jefferson spreche nicht vom Glück, sondern vom Streben nach Glück. Des Staates Aufgabe sei es nicht, Glück zu definieren, bereitzustellen. Der Staat habe nur dafür zu sorgen, dass alle auf die Jagd nach dem Glück gehen könnten. Er dürfe aber keinesfalls befehlen, wonach sie jagen dürften.

Konservatives Credo

Pfister ist ein typischer Zuger Christlichdemokrat: bürgerlich, wirtschafts- und gewerbefreundlich, ein Verfechter des (Steuer-)Wettbewerbs, Föderalist. Sich selber sieht er als wirtschaftsliberal, wobei er präzisiert: «Ich darf ordnungspolitisch auch einmal abweichen.» Sein – katholischer – Konservatismus bricht in der Gesellschaftspolitik durch: Rigide zeigt er sich beim Schwangerschaftsabbruch, bei der Sterbehilfe, der Präimplantationsdiagnostik, skeptisch bei der Gentechnik. «Das Neue muss beweisen, dass es besser ist als das Alte.» Das ist sein konservatives Credo.

Zu Christoph Blocher hat er ein ausgesprochen gutes Verhältnis. Er hat Mühe mit dem Anti-SVP-Reflex in der

CVP. Inhaltliche Überschneidungen zur SVP streitet er nicht ab, und er sagt auch, die Blocher-Abwahl 2007 sei ein Fehler gewesen: «Blocher war ein ausgezeichnete Bundesrat.» In der SVP jedoch mag er nicht politisieren, nicht nur, weil er ein Gegner der Minarett- oder der Ausschaffungs-Initiative war und ein Befürworter der Personenfreizügigkeit ist und ein anderes Ausländerbild hat. Der Grund ist fast noch gewichtiger, und man kann ihn aus einer freiheitlichen Werte als härtestes Urteil über eine Partei und deren Leitung überhaupt ansehen: «Ich kann nicht auf Kommando politisieren.»

Pfister ist ein Alphanter, reisst die Themen dreiste, im Alleingang an sich. Wenn er vorprescht, verbindet er damit die Hoffnung, er könne eine Mehrheit in Partei und Fraktion auf seine Seite ziehen. Mitunter gelingt ihm das, etwa bei der Asylgesetzrevision, wo er die Bundeshausfraktion gegen Präsident Christophe Darbellay und Fraktionschef Urs Schwaller von seiner Linie überzeugen konnte. Dann wieder macht er sich unmöglich. Wenn es ihm nicht gelingen will oder der Widerstand in offene Antipathie umschlägt, kann er

heftig werden, andere in den Senkel stellen. «Hinter meinen Ausbrüchen steckt viel Kalkulation», verteidigt sich Pfister. Die Politik habe etwas Spielerisches, man taktiere, rufe aus, schweige, rede, und versuche so, die Fraktion auf seine Linie zu bringen. Das sehen andere kritischer. «Gerhard Pfister ist sehr belesen und wäre eine spannende Persönlichkeit, wenn er nur die Kultur des Dialogs und des konstruktiven Austausches pflegen würde», sagt die St. Galler Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz. Pfister beziehe oft ohne Erklärung gegen die Fraktion Stellung, als ob das vor wenigen Jahren bewusste und gezielte Einbinden in die verschiedenen Gremien wenig Wirkung zeige. Offen bleibe, ob er eine eigene Agenda verfolge, sagt Meier-Schatz.

Kränkungen

«Mich kränkt, dass ich parteiintern von einigen immer noch als Abtrünniger hingestellt werde», sagt Pfister. Unbestreitbar ist, dass er sich in den letzten zwei Jahren massgeblich für die Partei eingesetzt hat. So hat er 2011 die Wahlkampfleitung übernommen. Die Aar-

gauer Nationalrätin Ruth Humbel, die es mit Pfister gut kann und seine Linie oft teilt, sagt, das sei schwierig gewesen, weil die Ausgangslage desolat gewesen sei, so etwa die Situation im Generalsekretariat. Sodann hat Pfister die ersten Volksinitiativen der CVP auf die Beine gestellt. Und er hat die 100-Jahr-Feier organisiert, weil sich – wie er sagt – kein anderer und keine andere für den undankbaren Job erwärmen konnte.

Als das Institut Dr. Pfister in Oberägeri, das Gerhard Pfister in der dritten Generation verantwortete, 2011/2012 die Tore schloss, wäre er offen gewesen für neue Aufgaben in der Partei. Die angekündigten Rücktritte von Darbellay und Schwaller kamen da gerade recht. Doch Pfister ging unbedarft vor, kam zu schnell aus der Deckung, tat seine Ambitionen offen kund. Es kam zu Kränkungen zwischen ihm und dem Parteipräsidenten. Die Wunden sind noch heute nicht verheilt. Pfisters Chuzpe kam ihm hier, wo es um die persönliche Karriere ging, in die Quere. Wie für so viele Politiker ist der Grat zwischen Selbstsicherheit und Selbstgefälligkeit auch für Pfister schmal.

«Die Frage stellt sich nicht»

Zu Partei- oder Fraktionspräsidium sagt Pfister heute: «Diese Frage stellt sich für mich nicht mehr.» Ob dies ein taktischer Rückzug ist, bleibt offen. Sicher kommt darin die Frustration eines Menschen zum Ausdruck, der sich als engagierten Parteiarbeiter sieht und nicht verstanden kann, warum dieses Engagement zwar anerkannt, aber nicht honoriert wird. Pfister polarisiert. Arthur Loepfe, der 2011 zurückgetretene Nationalrat aus Innerrhoden, sagt: «Er ist der allerbeste in der CVP.» Die Zürcher Nationalrätin Kathy Riklin, die Pfister durchaus als Fraktionschef, aber nicht als Parteipräsident sähe, sagt: «Er ist schnell, manchmal zu schnell. Er ist direkt, manchmal zu direkt.» Für andere ist er ein rotes Tuch.

Mit seiner forsch-fordernd-brüskem Art hat Pfister parteiintern kein Feuer der Nächstenliebe entzündet, da und dort gar Aversionen provoziert. Wenn man sich von der sogenannten «Einbindung» erhofft hat, dass er seine Überzeugungen verschleiern würde oder weniger eigenmächtig aufträte, war das ein Trugschluss. Und so kann er die Provokation nicht lassen, wie sein Sukkurs für die Bankgeheimnis-Initiative zeigt. Wie sagt er doch mitten in unserem Gespräch? «Die CVP hat den konservativen Flügel aufgegeben.» Damit meint er auch sich selber.

Proteste gegen Tamedia-Sparpläne

Regierungsräte fordern Treffen

(sda) · Die Sparpläne des Medienhauses Tamedia sorgen in der Westschweiz für einen Aufschrei. Am Mittwochmorgen demonstrierten in Genf rund 50 Journalisten und einige Sympathisanten. Redaktoren der «Tribune de Genève» legten ihre Arbeit nieder. Eine vom Personal der Zeitung ausgearbeitete Resolution wird auch von der Genfer Stadt- und der Kantonsregierung unterstützt. Der Regierungsrat wolle Kontakt mit den Tamedia-Verantwortlichen aufnehmen, um zu schauen, ob die Entscheidung nicht zurückgezogen werden könne, sagte der Genfer Regierungspräsident Charles Beer (sp.) in Begleitung seiner Regierungskollegen Pierre-François Unger (cvp.) und Isabel Rochat (fdp.). Auch der Waadtländer Regierungsrat verlangt ein Treffen mit Tamedia sowie präzise Informationen zum Sparprogramm. Finanzdirektor Pascal Broulis (fdp.) forderte zudem Erklärungen zur von Tamedia anvisierten Gewinnmarge von 15 Prozent. Das Medienhaus will bis 2016 die Kosten um insgesamt 34 Millionen Franken senken. Davon sollen 18 Millionen Franken in der Westschweiz eingespart werden.

Erbprinz fordert Sparpaket

Liechtensteins neue Regierung und Landtag vereidigt

G. M. Vaduz · Der neue Liechtensteiner Regierungschef Adrian Hasler, der die fünfköpfige Koalitionsregierung in den nächsten vier Jahren leiten wird, ist am Mittwoch von Erbprinz Alois vereidigt worden. Nach der Vereidigung des Parlaments für die Legislaturperiode 2013–2017 forderte der Erbprinz in seiner Thronrede neue Sparanstrengungen, um den mit Defiziten belasteten Staatshaushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die Sanierung der Staatsfinanzen bezeichnete Alois als grösste Herausforderung für die Politik der nächsten Jahre, damit die Sozialpolitik und die Rentensysteme für die Zukunft gesichert werden könnten. Die immer noch beträchtlichen Staatsreserven, legte der Erbprinz den neu gewählten Abgeordneten nahe, dürften weder den Blick auf die strukturellen Defizite noch die Tatsache verschleiern, dass sich Liechtenstein solche Fehlbeträge in Zukunft nicht mehr leisten könne.

Die Finanzierungslücken des Staatshaushalts dürfen laut Alois aber nicht nur über höhere Steuern geschlossen werden, sondern Liechtenstein benötige ein weiteres Sparpaket mit wahrscheinlich schmerzhaften Eingriffen.

Wie die Generationenbilanz klar aufzeige, führte das stellvertretende Staatsoberhaupt weiter aus, würden sich ohne grundlegende Reformen auch bei der Finanzierung der AHV und bei der Alterspflege grosse Lücken auftun. Einfach das Pensionsalter hinaufzusetzen, ist nach seiner Meinung nicht die richtige Lösung, sondern Liechtenstein müsse sich Gedanken machen, wie das System der Altersvorsorge grundsätzlich verbessert werden könne.

An der anschliessenden Wahl der Koalitionsregierung, auf die sich Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) und Vaterländische Union (VU) verständigt hatten, beteiligten sich die bei den Wahlen vom Februar erstarkten Oppositionsparteien nicht. Harry Quaderer als Sprecher der neuen Gruppierung «Die Unabhängigen» betonte in einer Fraktionserklärung, seine Partei werde die Wahl der Regierung nicht unterstützen, weil eine erneute Auflage einer Koalitionsregierung von FBP und VU nicht dem Wählerwillen entspreche. Das Resultat der geheimen Regierungswahlen offenbarte, dass auch die drei Mitglieder der Freien Liste (FL) auf die Wahl der neuen Regierung verzichtet hatten.

BUNDESGERICHT

Unangetastete Tierwürde

Ungenügende Reinigung von Kühen ist keine Tierquälerei

fel. Lausanne · Nicht jede verspätete Reinigung eines verschmutzten Tieres kann als Tierquälerei bestraft werden. Das geht aus einem neuen Urteil des Bundesgerichts hervor, das die Beschwerde eines Bauern teilweise gut hiess, der zwei stark verschmutzte Kühe im Schlachthaus abgeliefert hatte. Nicht beanstandet wurde indes in Lausanne, dass der Landwirt wegen Verletzung des Lebensmittelgesetzes verurteilt wurde, da das Schlachten stark verschmutzter Tiere unter Umständen die Gesundheit der Konsumenten gefährdet.

Wegen Tierquälerei kann mit bis zu drei Jahren Freiheitsentzug bestraft werden, wer ein Tier misshandelt, vernachlässigt, es unnötig überanstrengt oder dessen Würde auf andere Weise missachtet (Art. 26 Tierschutzgesetz). Eine arge Vernachlässigung, wie die frühere Formulierung im Strafgesetzbuch lautete, ist nicht mehr Voraussetzung für eine Verurteilung wegen Tierquälerei. Allerdings muss eine Vernachlässigung laut erstinstimmig ergangenen Urteil der Strafrechtlichen Abteilung «mit einer Missachtung der Würde des Tieres

einhergehen, ansonsten nicht von einer Tierquälerei durch Vernachlässigung gesprochen werden kann». Weniger weit gehende Verstösse gegen die Bestimmungen über die Tierhaltung können mit Bussen von bis zu 20 000 Franken geahndet werden.

Wird dem Tierhalter eine ungenügende Reinigung vorgeworfen, kommt daher «ein Schuldspruch wegen Tierquälerei nur in Betracht, wenn die Vernachlässigung auf eine Verletzung der Vorschriften über die Tierhaltung zurückzuführen sind und aufgrund derselben von einem Leiden des Tieres bzw. von einer Beeinträchtigung seines Wohlergehens ausgegangen werden muss». So etwas sah das Bundesgericht im beurteilten Fall nicht als erwiesen, da es keine «Anzeichen für Hautreizungen oder eine anderweitige Beeinträchtigung des Wohlergehens der Tiere» gab. Als Fazit des Verdikts bleibt, dass aus Sicht des höchsten Gerichts die Würde eines Wesens unangetastet bleibt, solange eine Beeinträchtigung nicht die Intensität einer Hautreizung erreicht.

Urteil 6B_635/2012 vom 14. 3. 13.